

Prof. Dr. Bernd Braun
Sandwingert 39
69123 Heidelberg

Heidelberg, 20. November 2020

Heiko Maas MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Herr Bundesaußenminister, werter Genosse Maas,

ich möchte meine Verwunderung, ja mehr als das, meine Empörung darüber zum Ausdruck bringen, dass die deutsche Sozialdemokratie zum Angriffskrieg Aserbaidshans gegen Bergkarabach geschwiegen hat bzw. eine Äquidistanz zu den beiden Kriegsparteien eingenommen hat, wie sie auch in Ihrer Bundestagsrede vom 29. Oktober zum Ausdruck kommt. Dabei hätte es für die SPD mindestens drei Gründe gegeben, sich eindeutig an die Seite Armeniens zu stellen:

Erstens handelt es sich bei Aserbeidschan um eine totalitäre Familiendiktatur in zweiter Generation, in der Menschen- und Minderheitenrechte ständig verletzt werden; dafür ließen sich zahlreiche Beispiele anführen, etwa das Schicksal des geächteten aserbaidshanischen Nationaldichters Akram Aylisli, der für seinen Roman „Steinträume“, in dem er es wagte Sympathie für die Armenier zu äußern, schwersten staatlichen Repressalien ausgesetzt ist, oder die Zerstörungen sämtlicher armenischen Kulturgüter in der Enklave Nachitschewan in den

1990er Jahren. Bei Armenien hingegen handelt es sich bei allen Schwierigkeiten um eine mit sich selbst ringende parlamentarische Demokratie.

Zweitens stellt sich die SPD mit ihrem Schweigen 2020 in eine unheilige Tradition ihrer eigenen Parteigeschichte, denn auch während des Ersten Weltkrieges hat die Sozialdemokratie zum Völkermord an den Armeniern geschwiegen – mit allerdings einer bemerkenswerten Ausnahme: Karl Liebknecht, der am 11. Januar 1916 im Reichstag offen von einer Ausrottung der Armenier gesprochen hat, wofür ihm vom Reichstagspräsidenten unter dem Gelächter des Plenums – vermutlich auch der SPD – das Wort entzogen wurde.

Drittens war Aserbaidschan in diesem Konflikt eindeutig der Aggressor; und der Angriffsbefehl für diesen Krieg wurde in Ankara gegeben, das Aserbaidschan mit syrischen Söldnern unterstützt hat. Seit wann sympathisiert die SPD mit Ländern, die Angriffskriege führen? Seit wann sympathisiert die SPD mit Staaten wie Aserbaidschan, die Kriegsgefangene hinrichten lassen?

Die Tatsache, dass Deutschland, also in erster Linie die Bundesregierung und ihr sozialdemokratischer Teil mit dem Außenminister an der Spitze, als Mitglied der für Bergkarabach zuständigen Minsk-Gruppe sich aus diesem Konflikt herausgehalten und damit zwei muslimischen Aggressoren und Diktatoren einen Triumph über das älteste christliche Land der Welt ermöglicht hat, wird dem Westen noch schwer auf die Füße fallen. Appeasement-Politik gegenüber Diktatoren beschwichtigt diese nicht, sondern ermuntert sie zu weiteren Aktionen, wie man jetzt gerade in Zypern sieht. Lesen Sie die Kommentare in gebrochenem Deutsch auf den Youtube-Seiten, auf denen über den Bergkarabach-Konflikt berichtet wird. Sie müssten über diese antichristliche und antiwestliche Rhetorik voller hasserfüllter, brachialer Gewalt aus der türkischen Community in Deutschland eigentlich sehr erschrocken sein.

Notwendig wären meines Erachtens jetzt die Einleitung von Sanktionen gegen Aserbaidshon. Europa verhängt Sanktionen gegen Weißrussland und droht nach der Affäre Nawalny auch Russland damit; nach der Annexion der Krim wurden bereits Sanktionen gegen Russland verhängt. Der Kriegsaggressor Aserbaidshon soll hingegen ungeschoren davonkommen? Kann ein solches Land Mitglied des Europarates bleiben? Müsste es diese Mitgliedschaft nicht zumindest ruhen lassen? Sehen Sie nicht die Gefahr, dass ein wiederholter Kotau vor Herrn Erdogan auch den Europagedanken schwächt?

Ich halte die Position der SPD in diesem Konflikt für geradezu verhängnisvoll, als deutscher Staatsbürger, als Christ, als Historiker, der sich mit der Geschichte Armeniens intensiv auseinandergesetzt hat und dazu Lehrveranstaltungen an der Universität Heidelberg angeboten hat, und als Sozialdemokrat in dritter Generation. Die SPD fügt ihrer Glaubwürdigkeit einen weiteren schweren Schaden zu, wenn sie ihre Position nicht korrigiert und sich eindeutig auf die Seite Armeniens stellt.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Bernd Braun